Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 7 (1981)
Heft: 3

Artikel: Abtreibungen in Sevilla (E): Verhaftungen und Prozesse
Autor: Lügstenmann, Isabel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-359456

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ABTREIBUNGEN IN SEVILLA (E):

Verhaftungen und Prozesse

Am 14. Dezember 1980 fand in Sevilla (Andalusien) ein Festival unter dem Motto: "In Freiheit leben, lieben, kämpfen" statt. Getragen wurde diese Veranstaltung von verschiedenen Linksparteien, Gewerkschaften und feministischen Organisationen.
Der Zweck des Festivals war die Solidarisierung mit den am 21. Oktober verhafteten Personen des Familienplanungszentrums "Los Naranjos", die der Durchführung mehrerer Hundert Abtreibungen angeklagt werden. Gefordert wurde an diesem Meeting ausserdem die Wiedereröffnung zweier weiterer Planungszentren, die vom städtischen Sanitätsdepartement abhängig waren, die aber im Anschluss an einen Riesenkrach im Seviller Parlament zwischen der konservativen Unionspartei und den Linksparteien vom kommunistischen Bürgermeister kurzerhand geschlossen wurden.
Auf Transparenten wurde die Freigabe von Verhütungsmitteln und das Recht auf Abtreibung gefordert: "Verhütungsmittelfreigabe um nicht abtreiben zu müssen, Recht auf Abtreibung um nicht zu sterben."
Vor ungefähr einem Jahr waren vier junge Leute mit dem Projekt nach Sevilla gekommen, ein Familienplanungszentrum zu eröffnen, das von breiten progressiven Schichten getragen werden sollte. Dazu wurden Parteien, Gewerkschaften, feministische Organisationen, Buchhandlungen und Einzelpersonen kontaktiert, denen das Projekt dargelegt und die um Unterstützung gebeten wurden. Das Echo war positiv, der Plan wurde allgemein gutgeheissen, die Unterstützung sollte jedoch rein verbal bleiben.
Dieses Familienplanungsprojekt stützt sich auf die Tatsache, dass, laut offiziellen Angaben aus dem Jahre 1977, in Spanien jährlich ca. 300'000 Abtreibungen durchgeführt werden, mit einer Sterberate von über 3000, die auf schlechte hygienische Bedingungen und Pfuscharbeit zurückzuführen sind. Im Kampfe um die Freigabe der Abtreibung sollen sich die Aktivitäten nun nicht nur auf Parolen, Unterschriften etc. beschränken, sondern mittels dieser Planungszentren heute schon eine konkrete Alternative geschaffen werden, die insofern Druck auf die Öffentlichkeit ausübt, als sie auf eine konkrete Situation hinweisen kann.
Damit soll auch die offizielle Politik angeklagt werden, die systematisch Lösungen für objektive Probleme verhindert, wie sie in Sachen Empfängnisverhütung und Abtreibung vorhanden sind. So ist paradoxerweise der Verkauf von Verhütungsmitteln zwar erlaubt (seit 1977), jedoch nicht deren Verbreitung (Information, Propaganda ...); auf Abtreibung stehen sowohl für die abtreibende Frau wie für den Durchführenden und alle Helfer sechs Jahre Gefängnis.
Anfangs Januar 1980 wurde in einer zentral gelegenen Wohnung Sevillas das Planungszentrum "Los Naranjos" eröffnet. Die Aufgabe des Zentrums war, neben der Durchführung von Abtreibungen (Absaugmethode Karman), eine breite Informationstätigkeit in Sachen Sexualität, Verhütungsmittel, Selbstuntersuchung, Akupunktur- und Massagekurse, sowie die regelmässige Herausgabe eines Informationsbulletins. Die Informationstätigkeit wurde in Quartiere und Dörfer getragen, wo sie grossen Anklang bei der Bevölkerung fand. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Organisation verschiedener Aufgaben wie Arbeitsteilung, Stress, der grundlegende Diskussionen verunmöglichte, schwierige Aktivierung der betroffenen Frauen etc.
Das Funktionieren des Planungszentrums war den Behörden bekannt. Wie lange es gebilligt werden würde, war eine Frage der Zeit und der Unterstützung durch breite Kreise.
Am 21. Oktober war es soweit. Die Polizei fiel in "Los Naranjos" ein, verhaftete mehrere Leute und zwang die anwesenden Frauen im Wartezimmer eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie gestanden, abtreiben zu wollen. Beschlagnahmt wurde klinisches Material und eine Kartei mit über 400 Adressen. Im Ganzen wurden mehr als 20 Personen verhaftet unter der Anklage, Abtreibungen durchgeführt zu haben. 9 Frauen und Männer wurden erst vier Tage später, nach entsprechenden Misshandlungen, gegen Kaution freigelassen.
Diese Ereignisse hatten turbulente Diskussionen zur Folge. Zwei Wochen darauf verordnet der Bürgermeister auf Druck von rechts hin die Schliessung zweier offizieller Familienplanungszentren, zur "Überprüfung der Aktivitäten". Im Plenum weist er eine Motion, die die Straffreigabe der Abtreibung und eine Amnestie für die Verhafteten fordert, mit der Begründung zurück, dies sei kein spezifisches Gemeindeproblem...
Infolge der Diskussionen bricht der Linkspakt auseinander. Die feministische Bewegung, die linken Parteien und Gewerkschaften und die Nachbarnvereinigungen fordern eine Amnestie für die Festgenommenen. Eine nationale Unterschriftensammlung wird angerissen, mit verschiedenen Texten: "Ich habe freiwillig abgetrieben", "Ich habe dabei geholfen", "Ich würde abtreiben", "Ich befürworte die Legalisierung der Abtreibung und die Freilassung der verhafteten Personen".
Die Situation sieht heute böse aus für die zwölf Hauptangeklagten. Die Justiz versucht natürlich diese zu isolieren, um ihnen im gegebenen Moment stillschweigend den Prozess zu machen. Bis jetzt sind ca. 140 Frauen vor Gericht erschienen, die fast alle die Aussage verweigert haben. Dies, nachdem das Gericht eine zehntägige Gefängnisstrafe oder eine Kaution von 25'000 Peseten (550 Fr.) für den Fall eines Geständnisses, abgetrieben zu haben, auferlegt hat. Die Leute aus dem Planungszentrum wollten versuchen, möglichst viel Frauen dazu zu bringen, zu ihrer Abtreibung zu stehen. Denn alles weitere hängt wesentlich vom Kräfteverhältnis und von der Solidarität jener Frauen ab, die sich ebenfalls "mitschuldig" machen, abgetrieben oder Beihilfe dazu geleistet zu haben. Dies hätte eine noch nie dagewesene Massenprozessierung zur Folge, was, wie wir in anderen Ländern und auch im Baskenland (wo der Prozess gegen elf Frauen infolge grosser Protestaktionen auf unbestimmte Zeit aufgeschoben wurde) gesehen haben, jeweils erfolgreich für die Angeklagten ausgegangen ist. Wichtig ist in diesem Moment die Isolierung der Hauptexponenten zu verhindern und die Solidarität der feministischen Bewegung und aller fortschrittlichen Kreise in Spanien und im Ausland.
Die Initianten von "Los Naranjos" arbeiten heute an der Herausgabe eines Buches zum Abtreibungsproblem in Spanien.

Isabel Lügstenmann,
Sevilla (Spanien)

PROFIT MIT DEN TSCHADORS

ms. Seit der Revolution herrscht für die iranischen Frauen wieder Tschador-Zwang. Das schwarze hässliche Baumwolltuch soll sie vor eindringlichen Männerblicken schützen. Neben dieser moralischen Begründung gibt es aber noch einen wirtschaftlichen Aspekt: Der Iran importiert jährlich etwa 500 Mio. Meter Tschador-Stoff. Früher kassierten Zwischenhändler für den Weiterverkauf Fr. 5.- pro Meter, heute streicht der Staat diesen Gewinn ein – und das sind (kaum zu glauben) 2,5 Mrd. Franken!
Der Staat diktiert auch die Preise für die ausländischen Produzenten. Zwei Schweizer Firmen, die schon seit Urzeiten "Sonntags-Tschadors" lieferten, mussten aus dem Geschäft aussteigen. Dafür hat sich ein cleverer Manager dem Preisdiktat angepasst und sich ganz auf den Tschador-Zwang eingestellt. Seine Firma im Thurgau stellt nur diese Tücher her und ist deshalb vollständig vom Iran abhängig. Sibromex verkauft 220'000 Meter Stoff für etwa 2,5 bis 3 Mio. Franken nach Iran.